

Bern



«Der beste noch unbebaute Standort im Mittelland» ist für Alexandre Schmidt die Schützenmatte - dort würde er ein Verwaltungshochhaus hinstellen. Foto: Adrian Moser

Der eifrige Verwaltungsdirektor

Der 42-jährige Alexandre Schmidt präsentiert sich als der «andere Alex». Der Kampf ums Stadtpräsidium nutzt der umtriebige FDP-Stadtrat aber vor allem, um Gemeinderat zu werden.

Andrea Mantel

Sein Eifer und sein Engagement eilen ihm voraus. Wo man hinschaut, wo man nachfragt - Alexandre Schmidt (FDP) ist omnipräsent. Seine Umtriebigkeit schlägt sich in der heissen Wahlkampfphase unübersehbar im Stadtbild nieder: An allen Türklinken der Stadt liess er vor ein paar Tagen Werbeflyer hinhängen, kein anderer Politiker ist präsenter auf den Plakawänden, kein anderer gibt mehr Geld für seine persönliche Kampagne aus - über

Wahlen Stadt Bern



www.wahlenbern.derbund.ch

50 000 Franken werden es schliesslich sein. Sein Propagandamaterial hat Schmidt mit dem Slogan «Alex, aber anders» überschrieben.

Zwar fordert Schmidt zusammen mit dem SVP-Kandidaten Beat Schori den amtierenden Stadtpräsidenten Alexander Tschäppät (SP) heraus - für die beiden bürgerlichen Kandidaten wäre es aber bereits ein Erfolg, wenn es zu einem zweiten Wahlgang käme. Der FDP-Stadtrat nutzt die Stapi-Wahl in erster Linie als Plattform, um die Wahl in den Gemeinderat zu schaffen. Und Schmidts Chancen sind intakt: So kann der 42-jährige aufweisen, was im Feld der 14 Gemeinderatskandidaten niemand in dieser Form aufweisen kann - Führungserfahrung. Der 42-jährige Direktor der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV) steht 140 Angestellten vor.

Schmidts Eifer - es ist diese Eigenschaft, die immer wieder hervorgehoben wird, wenn man sich unter Berner Politikern umhört: «Er wirkt sehr eifrig, vielleicht manchmal etwas übereifrig», sagt Stadtratskollegin Tania Espinoza Haller (GFL). Schmidt hätte in den zwei Jahren als Stadtrat seine Anzahl Vorstösse stetig gesteigert. «Er nimmt sich seine politische Plattform, die für den Wahlkampf nötig ist», so Espinoza Hal-

ler. Parteiintern äussert sich Bernhard Eicher (FDP) zu seinem Plakatpendant in eine ähnliche Richtung: «Er ist sehr engagiert und euphorisch.» In der Fraktion erlebe er Alexandre Schmidt als konstruktiven Mitarbeiter.

Ein Basler in Bern

An einem Wahlpodium im Kornhaus zur aktuellen Wohnlage in der Stadt Bern hat der in Baselland aufgewachsene Politiker seine Plattform ebenfalls eifrig genutzt. Schmidt provozierte mit seinen Ideen die restliche Runde der Gemeinderatskandidatinnen und -kandidaten. Bernhard Giger, Leiter des Kornhausforums und der Gesprächsrunde, musste beschützend eingreifen und vor der Tendenz «alle gegen Schmidt» warnen. Das ist Alexandre Schmidt, wie er leibt und politisiert - um keine Antwort verlegen, voller Tatendrang und dies alles im Basler Dialekt, obwohl er seit 17 Jahren beruflich in Bern tätig ist. Nein, Berndeutsch würde er nicht extra lernen, meint Schmidt. «Dr Dialägg» sollte ja nicht der Grund sein, ihn nicht zu wählen. «Er ist Teil meiner Persönlichkeit.» Stadtratskollege Simon Glauser (SVP)

meint dazu diplomatisch. «Er kann ja nichts für seinen Dialekt. Aber dieser macht ihn bei den Bernerinnen und Bernern vielleicht nicht sympathischer.»

Das Regenwasser war schuld

Schmidts Tatendrang ist es auch zu verdanken, dass er überhaupt in die Berner Politik eingestiegen ist. Seine reiche Politvergangenheit begann in Binningen (BL), wo er zur Schule gegangen ist. Er gründete dort mit Freunden die Junge Liste Binningen und entdeckte seine Affinität zum Freisinn. Später stieg er beruflich als persönlicher Mitarbeiter der Bundesräte Villiger und Merz in die nationale Politik auf. In die Lokalpolitik kehrte der Vater zweier Söhne wegen einer Rechnung, die in seinen Briefkasten flatterte, zurück - einer Rechnung für die Regenwassergebühr. «Als ich das gesehen habe, habe ich laut aufgelacht», sagt Schmidt. «Ich vermutete hinter dem Schreiben zuerst Trickdiebe.» Dass diese Gebühr jedem Liegenschaftsbesitzer verrechnet wird, hat Schmidt dann doch noch herausgefunden. Er sagte sich: «Das Geld kriegt ihr, dafür steige ich in die Stadtpolitik

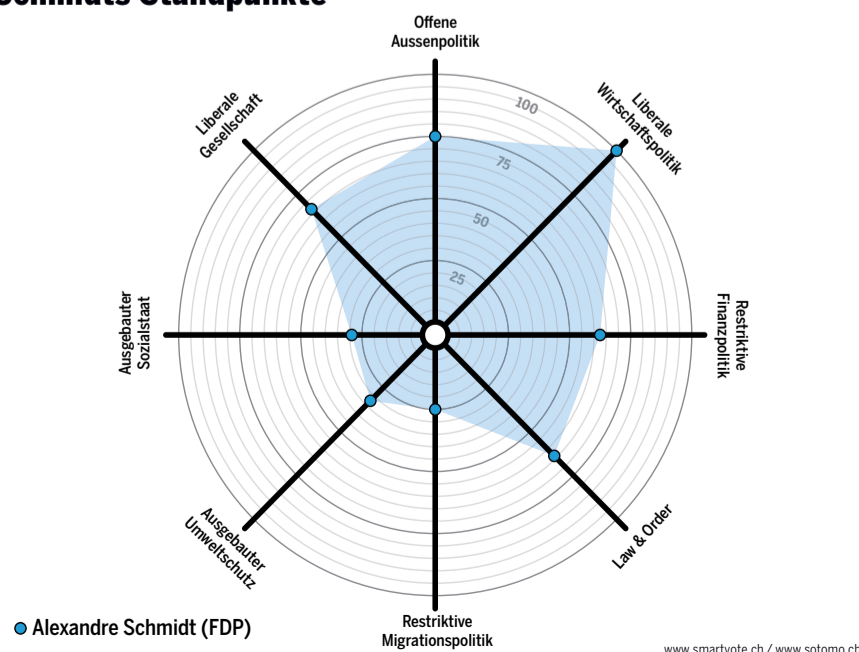
ein.» Gesagt, getan - 2008 wurde er Mitglied des Vorstandes der FDP-Sektion Kirchenfeld-Brunnadern, Ende 2010 gelang er in den Stadtrat. Dort fiel er zu erst eher als Kämpfer für das Kirchenfeld-Quartier auf, hat sich inzwischen aber zu den fleissigsten Vorstoss-Verfassern entwickelt. Gebühren sind dabei eines seiner Lieblingsthemen. Mit einem Vorstoss, der den Sanierungsbedarf städtischer Objekte aufzeigte, gelang es Schmidt gar, ein Thema auf die politische Agenda zu setzen.

Aber auch im Hintergrund ist Schmidt aktiv - etwa in der stadträtlichen Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU). «Er nimmt rege an den Diskussionen teil», sagt Kommissionskollege Simon Glauser. Stadträtin und FSU-Mitglied Giovanna Battagliero (SP) lobt Schmidts «fundierte Sachkenntnisse» und seinen «angenehmen Umgang». «Einzig seine beherrschende Art ist manchmal etwas störend», meint sie. Diese würde sie ihm noch empfehlen abzulegen. «Aber er ist ein Schaffer.»

«Tschäppät spaltet Bern»

Gross auf die Fahne geschrieben hat sich Schmidt die Verbindung von Dählhölzli und Ka-We-De zu einem grossen Freizeitpark. «Da sehe ich enormes Potenzial», sagt Schmidt. «Man könnte an einem Tag eislaufen oder schwimmen und Tiere bestaunen.» Weitere Ideen wären ein Fussweg über die Schwellen in der Matte oder ein Verwaltungshochhaus auf der Schütz. «Das ist der beste Standort im Mittelland, der noch unbebaut ist», so Schmidt. Man könnte Synergien nutzen und den Verwaltungsaufwand verringern. Zugleich würden in der Innenstadt Gebäude fürs Wohnen und fürs Gewerbe frei werden. Grundsätzlich möchte er neue Akzente in der Politik setzen. «Alexander Tschäppät ist mir als Stadtpräsident zu wenig umspannend», so Schmidt. «Er polarisiert und spaltet Bern.» Zudem habe Tschäppät unangenehme Themen wie etwa die Reitschule, den Fall Bütschi, das AKW-Camp oder die Aarberggasse zu spät angepackt. «Ich will die Schattenseiten, die man meinem Kontrahenten vorwirft, nicht weiter pflegen», verspricht der eifrige Verwaltungsdirektor.

Schmidts Standpunkte



Der Könizer Dreispitz entzweit die Gemüter

Die geplante Überbauung des Könizer Dreispitzareals enttäuscht die Linke und stört die Bauern.

Marc Lettau

Die bekannteste Ecke der Gemeinde Köniz ist wohl das eigentliche Liebefeld, das grosse, spitzwinklige Dreieck also, auf dem die landwirtschaftliche Versuchsanstalt einst ihre Äcker bestellte. Inzwischen hat sich die eine Hälfte des Areals in eine moderne Wohnsiedlung gewandelt und die andere in einen urbanen Stadtpark. Nur die spitzeste Spitze des gesamten Dreiecks ist nicht spitz: Das sogenannte Dreispitzareal hat den Charme des sehr Provisorischen. Es ist eine von Holzbaracken gesäumte Baubrache, die als Parkplatz genutzt wird.

Implenia will Wohnungen bauen

Gegenwärtig können die Stimmberechtigten der Gemeinde Köniz entscheiden, ob das Dreispitzareal überbaut werden soll. Gemeinderat und Parlament schlagen vor, die sehr zentral gelegene Fläche im Baurecht an die Implenia Development AG und die Bernische Pensionskasse abzutreten. Sagt das Volk Ja, können die beiden Baurechtsnehmer dort einen Entwurf der Rykart Architekten umsetzen: einen modernen Längsbau entlang der Schwarzenburgstrasse mit gut 30 Wohnungen und Geschäftsräumlichkeiten.

Doch der Dreispitz entzweit die Gemüter. Die Parlamentsmehrheit freut sich zwar darüber, dass sich dank der Überbauung der Parzelle die Finanzlage der Gemeinde entspannen dürfte. Der entlastende Effekt ist unbestritten. Heute figuriert der Dreispitz mit knapp 126 000 Franken in der Bilanz. Künftig sollen Jahr für Jahr 356 000 Franken an Baurechtszinsen in die Gemeindekasse fließen. In der Botschaft ans Stimmvolk wird denn auch die Stabilisierung des Finanzhaushaltes als erstes Ziel erwähnt.

SP beklagt die Mietzinsspirale

Gleichwohl wirbt die SP, die stärkste im Parlament vertretene Partei, für ein Nein zur Landabgabe. Laut Parteipräsident und Parlamentarier Christoph Salzmann habe sich die Gemeinde zu sehr von den finanzpolitischen Überlegungen leiten lassen. Sie habe es insbesondere verpasst, Gegensteuer zu den schmerzhaft steigenden Wohnungsmieten zu geben. Ginge es nach der SP, müsste auf dem Dreispitz eine nicht gewinnorientierte Baugenossenschaft zum Handkuss kommen. Solche Baugenossenschaften schöpften keine Gewinne ab. Halten sie sich ans Prinzip der Kostenmiete, sind ihre Wohnungen langfristig 15 bis 20 Prozent günstiger als Wohnungen, mit denen eine maximale Rendite erwirtschaftet werden muss. Köniz mache also im Dreispitz den Fehler, «das Maximum an Geld aus dem Boden pressen zu wollen, was dazu führt, dass die öffentliche Hand dazu beiträgt, die Preisspirale weiter anzutreiben».

SVP vermisst Kulturlandschutz

Für die grösste bürgerliche Partei, die SVP, kommt gemeinnütziger Wohnungsbau auf dem Dreispitz laut Präsident und Parlamentarier Stefan Lehmann aber «überhaupt nicht infrage»: «Hier muss man in finanzieller Hinsicht das Maximum herausholen.» Die Gemeinde tue also das finanzpolitisch Richtige. Gleichwohl ist die Begeisterung der SVP sehr bescheiden. Sie trägt die Vorlage nur murrend mit. Insbesondere in den Augen der Landwirte innerhalb der SVP verhält sich die Gemeinde auf dem Dreispitz inkonsequent: Das vorhandene Bauland werde nur schlecht genutzt. Wer wirklich Kulturland schützen wolle, merde die viel dichtere Bebauung einer derart zentrumsnahen Brache zulassen. In ortsplannerischer Hinsicht kommt also von der SVP kein Applaus. Dennoch wird die Partei laut Lehmann mit Bestimmtheit die Ja-Parole beschliessen.

Für einen Parolenspiegel, der das ganze Meinungsspektrum vollständig aufzeigt, ist es indes zu früh. Die Ortsparteien haben offenbar Zweifel an der Wirksamkeit ihrer Parolen und kommunizieren ihre Position oft erst, nachdem ein erheblicher Teil der Stimmberechtigten bereits brieflich abgestimmt hat.